



## POLITIK / KOMMENTAR

### Griechenland - das Tor wird geschlossen ...

*(SB)* - Wie alle anderen Krisen der herrschenden Gesellschaftsordnung und Wirtschaftsweise ist auch die sogenannte Flüchtlingskrise im Rahmen der bestehenden Verhältnisse nicht zu lösen. Eine auf exzessiver Ausplünderung natürlicher Quellen und Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft gründende Entwicklung ... *(S. 3)*

## POLITIK / KOMMENTAR

### USA - Ausbau der Gesinnungspolitik ...

*(SB)* - In dem landesweiten, seit seinem Beginn am 26. Mai in Minneapolis anhaltenden Aufstand in den USA kulminieren mehrere Krisen zu einer Form der zivilen Erhebung, die selbst das Ausmaß der sogenannten Rassenkriege und der Bürgerrechtsdemonstrationen der 1960er Jahre überschreitet. Weit über ... *(S. 6)*

## UMWELT / REDAKTION

### Antarktis - Eisverluste ...

*(SB)* - Das Schelfeis der Antarktis könnte wesentlich schneller abschmelzen als angenommen. Das schließen Forscher aus der wellenförmigen Oberfläche des Meeresbodens vor der antarktischen Küste. Demnach ... *(S. 13)*

## Tag der Republik

### *Staatspräsident Mattarella bekräftigte antifaschistisches Erbe Faschisten wollen Rom zur "Piazza Maidan" machen*

*von Gerhard Feldbauer, 4. Juni 2020*

*(Gerhard Feldbauer)* - Das antifaschistische Italien beging am 2. Juni seinen Nationalfeiertag mit dem Bekenntnis zu den antifaschistischen Traditionen, auf denen nach dem Sturz der Monarchie als Träger der über 20jährigen Mussolini-Diktatur im Referendum vor 74 Jahren die Republik begründet wurde. Daran erinnerte Staatspräsident Sergio Mattarella und appellierte, in diesem Geist heute alle Kräfte einzusetzen, um "so schnell wie möglich dem globalen Albtraum der Corona-Epidemie zu entkommen". Er gedachte der Ärzte, Krankenschwestern und der vielen anderen, die Opfer des Virus geworden sind. Dieser Tag müsse "als Sinnbild für den Beginn unseres Neustarts stehen".

Begleitet von führenden Persönlichkeiten mit Ministerpräsident Giuseppe Conte an der Spitze legte er am Altar des Vaterlandes einen Kranz nieder. Die traditionelle Militärparade fiel aus, aber eine Staffel der Frece Tricolori der Luftwaffe überflog die

Piazza Venezia an der Kreuzung der Via del Corso. Anschließend begab sich Mattarella nach Codogno, einer Gemeinde in der Lombardei, die besonders schwer von der Krise betroffen wurde. Am Abend folgte er einer Einladung des Sekretärs des sozialdemokratischen Partito Democratico (PD) und Präsidenten (Regierungschef) der Region Lazio, Nicola Zingaretti, und nahm an einem Konzert im Innenhof des Lazzaro Spallanzani National Institute for Infectious Diseases teil. Das Institut wird von der Regierung Zingarettis unterstützt.

Die faschistische Rechte - Salvini Lega, Forza Italia (FI) und Fratelli Italiens (FdI) von Giorgia Meloni - mißbrauchten den Nationalfeiertag in Rom, Mailand und weiteren Städten zur Fortsetzung ihrer Kampagne, die Regierung von Premier Conte mit den Sozialdemokraten des PD und der Fünf-Sterne-Bewegung (M5S) zu stürzen. In Rom skandierten Sprechchöre, be-

richtet das linke *Manifesto* am Mittwoch, "diese exkommunistische Linke" will "unser Leben beherrschen". Während Berlusconi den Krawallen fernblieb, habe sein Vize, der EU-Parlamentarier Antonio Tajani, den Block der FI angeführt.

Das Ganze soll jedoch nur ein Vorspiel gewesen sein. Wie das kommunistische *Contropiano* in seiner jüngsten Ausgabe berichtet, planen Faschisten verschiedener Couleur, darunter die Lega-Sturmtrupps Forza Nuova, Skinheads, Hooligans und die weniger bekannten "Ragazzi Italia" am 6. Juni in Rom einen "faschistischen Aufmarsch", um nach dem Modell der "nazistischen Elite der Ukraine" und dem "Bataillon Azov" die Hauptstadt in eine "Piazza Maidan" zu verwandeln.

Wer im Hintergrund die Fäden zieht, verdeutlichte eine Erklärung des Präsidenten der Bancaitalia Ignazio Visco, der laut *ANSA* vom 30. Mai kund gab, zur Begegnung der Auswirkungen der Corona-Krise müssten, falls erforderlich, Lösungen verfolgt werden, die "die Stabilität des Systems gewährleisten". Es werde "eine neue Beziehung zwischen Regierung, Realwirtschaft, Finanzunternehmen und Institutionen" gebraucht. Dazu müsse man zu einer "geordneten Konfrontation" und einem "konstruktiven Dialog" kommen. Ähnlich äußerte sich der Präsident der Confindustria, Carlo Bonomi, im Interview mit der römischen *La Repubblica*.

Das entspreche genau dem von Berlusconi mit der Forza Italia, der Lega Salvini und der Fratel-

li Italiens von Giorgia Meloni verfolgten Projekt, Conte zu stürzen und durch eine um ihre Parteien erweiterte Regierung zu ersetzen, die sie dominieren würden, schätzt der Philosophie-Professor an der Universität von Urbino, Stefano Azzara, im Gespräch mit dem Autor ein. Anders gesagt, gehe es darum, "den Staat zum Diener eines 'organisierten Kapitalismus' zu machen". "Besondere Formen" seien noch nicht vorhersehbar.

Die extreme Rechte, so Azzara, sei "dank der Förderung durch den früheren Christdemokraten Matteo Renzi so stark". Der betreibe "seine Politik wie der Chef einer Holding, um sich seine politische Existenz zu sichern und zu fördern, was erfordert, dass er seine Freunde in Politik und Wirtschaft einschließt. Er betreibt die Sicherung der Herrschaft der Padrone, eine Privatisierung des Staates, wie sie Berlusconi praktiziert hat, die Zerstörung des Wohlfahrtsstaates, um damit seine eigene Existenz in diesem System zu sichern."

Eine Linke werde derzeit "mit dem PD identifiziert, der sich im kapitalistischen Rahmen bewegt - eine tatsächliche, das heißt antikapitalistische Linke, existiert nicht". Und hier müsse man sich daran erinnern, "dass Renzi einst Chef des PD war (2013 bis 2018), einer Partei, die als Verkörperung der Mehrheit der Linken galt. Das verdeutlicht, in welche Situation Renzi die Linke gebracht hat." Der "Aufbau eines linken Lagers, in dem die Kommunisten eine Rolle übernehmen müssen, bleibt deshalb eine wichtige, wenn nicht überhaupt die wichtigste Aufgabe.

Das würde auch die Linke im PD stärken, die sonst sehr schwach bleibt".

Wie die Nachrichtenagentur *ANSA* am Donnerstag berichtet, schlägt Ministerpräsident Conte "der Opposition und allen Sozialpartnern bereits nächste Woche einen Diskussionstisch vor, um einen 'Wiedergeburtplan' auszuarbeiten". Damit reagiert der Regierungschef auf die Forderungen des Confindustria-Chefs Bonomi und des Präsidenten der Bancaitalia Visco, "die Stabilität des Systems zu gewährleisten und neue Beziehungen zwischen Regierung, Realwirtschaft, Finanzunternehmen und Institutionen herzustellen" und dazu einen "konstruktiven Dialog" zu führen.

Der "Wiedergeburtplan" werde "die Arbeitsbasis" sein, die der EU präsentiert wird, um an den "Schatz" aus dem Wiederherstellungsfonds zu kommen. Damit bestehe "Hoffnung, Ressourcen zu erhalten, die nicht knapp sind", so Conte. Mit dem Plan sollten "strukturelle Probleme überwunden und das Land neu gestaltet" werden. Er reicht von Vorschlägen zur Infrastruktur bis hin zu niedrigeren und progressiven Steuern, sieht Steuervorteile für den Süden vor und enthält Reformen für eine schlankere Bürokratie und gegen Amtsmissbrauch. Vorgesehen sind aber auch neue einmalige Maßnahmen, um Wirtschaftsbereiche vom Tourismus bis zum Handwerk, die kurz vor dem Zusammenbruch stünden, zu unterstützen.

Zur Ausarbeitung des "Wiedergeburtplans" seien alle "Haupt-

## POLITIK / KOMMENTAR / REPRESSION

## Griechenland - das Tor wird geschlossen ...

akteure des italienischen Systems" und "einzelne brillante Köpfe" wie Confindustria-Präsident Bonomi eingeladen, wozu Conte laut ANSA versicherte, dass es in Italien keine "Sowjetisierung der Unternehmen" geben werde. Mit seiner Erklärung, die Regierung biete der Opposition "ohne Umbesetzungen oder Erweiterungen" an, an dem "Renaissance-Projekt" mitzuarbeiten, weist Conte jedoch die Forderungen von Lega-Chef Salvini und FdI-Führerin Meloni nach einer Regierung, an der sie beteiligt sind, zurück.

ANSA zufolge habe der Ministerpräsident aber betont, dass es bereits einen "Dialog" zwischen der Mehrheit der Demokratischen Partei und der Italia Viva (IV) Matteo Renzis sowie der Forza Italia gebe. Giorgia Meloni habe dagegen erklärt, Contes Vorschläge seien "nur neue Versprechen mit einer surrealen Haltung derer, die weiterhin schöne Dinge ankündigen". Mit den Worten, der Dialog beginne "also schlecht", kommentiert die römische Zeitung *La Repubblica* am Donnerstag Contes Vorgehen. Nur Berlusconi sei auf den Dialogvorschlag eingegangen.

\*

**Quelle:**

© 2020 by Gerhard Feldbauer  
Mit freundlicher Genehmigung des Autors

<http://www.schattenblick.de/infopool/europool/politik/e-it0335.html>

*Seit der Abriegelung der Balkanroute und dem Inkrafttreten des EU-Türkei-Deals ist Griechenland zur Endstation und zur Falle für viele Schutzsuchende geworden. Statt Schutz und Hilfe zu erhalten, stranden sie im Elend ohne Hoffnung auf ein Leben in Sicherheit und Würde. In Griechenland gibt es kein funktionierendes Schutzsystem. Es mangelt Flüchtlingen an allem: an Unterkünften, Nahrungsmitteln, medizinischer Basisversorgung. Die anderen Staaten der Europäischen Union sehen dem Elend der Flüchtlinge zu. Legale Möglichkeiten, in andere EU-Staaten weiterzureisen, werden den meisten Flüchtlingen verweigert.*  
Pro Asyl [1]

(SB) 4. Juni 2020 - Wie alle anderen Krisen der herrschenden Gesellschaftsordnung und Wirtschaftsweise ist auch die sogenannte Flüchtlingskrise im Rahmen der bestehenden Verhältnisse nicht zu lösen. Eine auf exzessiver Ausplünderung natürlicher Quellen und Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft gründende Entwicklung bringt zwangsläufig unumkehrbare Zerstörungen und Zurichtungen hervor, die zahllose Menschen zu einem Leben in permanenter existentieller Not zwingen. Erst wenn die damit verbundenen Unwuchten auf die Metropolengesellschaften zurückschlagen und auch die Profiteure und Nutznießer dieses Regimes zu beeinträch-

tigen drohen, wird dies als Krise registriert und definiert. Deren Bewältigung besteht jedoch nicht darin, ihr durch eine Beseitigung des profitgetriebenen und wachstumsgestützten Systems den Boden zu entziehen. Ihre aufgestaute Last wird vielmehr auf viele Schultern abgewälzt, die fortan noch mehr zu tragen haben, wobei die Welle des Verhängnisses aus dem Zentrum in Richtung der Peripherie getrieben wird. Die nächstfolgende, mutmaßlich noch tiefere Krise wird nicht abgewendet, sondern für eine gewisse Frist in die Zukunft verschoben, was den unzutreffenden Eindruck erwecken mag, es handle sich um zyklische Störungen eines ansonsten gesunden Normalbetriebs.

Im Zuge der weltweit expandierenden zivilen und militärischen Kriegsführung dieses Systems werden Millionenheere für überflüssig erklärter, ausgegrenzter und in die Flucht getriebener Menschen produziert. Verschärft durch die hereinbrechende Klimakatastrophe nimmt die Migration dramatisch zu, da die Voraussetzungen des Überlebens exponentiell schwinden. Was als Flüchtlingskrise Europas wahrgenommen wurde, war demzufolge nur ein Vorbote künftiger Wanderbewegungen aus den um sich greifenden Todeszonen. Die maßgeblich von der Bundesregierung entworfene Flüchtlingspolitik der EU setzt dem ein Bollwerk der Abschreckung und gestaffel-

ten Abschottung entgegen, das die Abwehr weit ins Vorfeld auslagert.

Das Dublin-System der Europäischen Union, dem zufolge ein Flüchtling einen Asylantrag in dem EU-Land stellen muß, das er zuerst betritt, war mit der Ankunft von Millionen Flüchtlingen im Sommer 2015 zusammengebrochen. Die meisten der Ankommenden waren damals über Griechenland in Richtung Deutschland und Nordeuropa weitergereist. Nach der Schließung der Balkanroute wurde Griechenland im Rahmen des Flüchtlingsabkommens zwischen der EU und der Türkei dazu verpflichtet, alle eingereisten Flüchtlinge im Land unterzubringen, bis ihre Asylanträge geklärt sind. Abgelehnte Bewerber auf den Inseln sollten im Prinzip in die Türkei zurückgeführt werden, die EU-Staaten wollten Griechenland angeblich Flüchtlinge abnehmen, und es wurde genügend Personal zugesagt, um die Asylanträge zügig zu bearbeiten.

Das Abkommen gaukelte eine Lösung vor, indem es die massive Umlastung von oben nach unten als partnerschaftliche Übereinkunft tarnte, von der nie die Rede sein konnte. Griechenland war im Rahmen des Flüchtlingspakts stets die Rolle eines Zwischenpuffers zugeordnet, der alles abfedern sollte, was die Türkei an Flüchtlingen nicht aufhält. Dadurch mußte das Land letzten Endes ausbaden, was die übrigen EU-Staaten nicht übernehmen wollten und an Zusagen nicht einhielten. Das mit 6 Milliarden Euro an Ankara und über 2 Milliarden an Athen erkaufte Abkommen wurde als Erfolgsmodell ge-

priesen, und die EU erklärte die sogenannte Flüchtlingskrise offiziell für beendet. Die Türkei hat ihren Teil des Abkommens erfüllt und nicht zuletzt aus eigennützigen Gründen 3,6 Millionen Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen, mehr als alle anderen Länder zusammengenommen. Griechenland hat jedoch nur sehr wenige Flüchtlinge in die Türkei zurückschickt, wobei völlig unklar ist, ob dort überhaupt Zwangsrückkehrer in größerer Zahl aufgenommen würden. Ein Memorandum, das Griechenland im Frühjahr 2019 mit dem Appell an die EU schickte, sofort 20.000 Flüchtlinge auf die Mitgliedsstaaten zu verteilen, blieb unbeantwortet.

Eintreffende Flüchtlinge werden de facto in den katastrophal überfüllten Lagern auf den fünf griechischen Inseln Lesbos, Chios, Samos, Leros und Kos gefangen gehalten, die sie bis zum Abschluß ihres Asylverfahrens, das sich unabsehbar lange hinziehen kann, nicht verlassen dürfen. Unterdessen stecken die Menschen in einer in jeder Hinsicht erbärmlichen und menschenunwürdigen Falle. Es fehlt an Unterkünften, Schlafplätzen, sanitären Anlagen, ausreichender ärztlichen Versorgung, zügiger Essensausgabe, bei Regen steht alles unter Wasser, es kommt zu sexuellen Übergriffen und nun auch noch die Coronapandemie hinzu.

Verantwortlich für diese verheerenden Verhältnisse sind die EU wie auch die Regierungen in Ankara und Athen, die ihre Interessen zu Lasten geflohener Menschen durchsetzen. Ist vom Versagen eines Systems die Rede, das nie funktioniert hat und nie funk-

tionieren wird, so greift selbst diese Kritik zu kurz. Es handelt sich vielmehr um eine Kriegsführung gegen Flüchtlinge, die aus Perspektive der EU abgewehrt, in Lager gesteckt und durch ein grausames Regime abgeschreckt werden sollen. Diese Strategie wurde von der Syriza-Administration mitgetragen und wird nun unter der Regierung der konservativen Nea Dimokratia in verschärfter Form fortgesetzt. Griechenland dient sich abermals als Scherge der EU an, indem die geflohenen Menschen auf brachialste Weise drangsaliert werden. Das kommt in Brüssel und bei den europäischen Regierungen sehr gut an, die Athen der Form halber milde rügen, aber zugleich lobend dafür auf den Rücken klopfen, daß die Drecksarbeit so energisch erledigt wird.

Die Regierung Mitsotakis geht mit harten Bandagen gegen Asylbewerber vor. Als die Türkei Ende Februar eine gewisse Zahl von Flüchtlingen an die Land- und Seegrenzen Griechenlands verfrachtete, riegelte Athen die Grenzen ab und setzte im März erstmals in Europa das Asylrecht aus. Obgleich es seit April offiziell wieder angewandt wird, liegt die Zahl der Ankünfte um 97 Prozent niedriger als im April 2019. Die griechische Küstenwache verfolgt eine Politik der "aggressiven Überwachung", um Flüchtlinge an der Einreise zu hindern.

Dabei ist sehr viel Geld im Spiel, das im Namen der Flüchtlinge ausgegeben wird, doch in der Regel am allerwenigsten den Betroffenen zugute kommt. So wird der Grenzzaun am Evros-Fluß baulich erweitert und das dort stationierte Personal erheblich ver-

stärkt. Nach Einstellung von 400 neuen Beamten bewachen nun 1100 Polizisten die Landgrenze, die nach Angaben der Regierung mit Helikoptern, Drohnen und Wärmebildkameras "versiegelt" werden soll. Der Verlängerung des knapp zehn Kilometer langen Grenzzauns auf 26 Kilometer stimmt auch die größte Oppositionspartei Syriza rückhaltlos zu.

Deren früherer Parlamentspräsident Nikos Voutsis hatte im Mai 2017 noch erklärt: "Niemals haben Zäune die Migration von Menschen stoppen können." Heute sagt er: "Der Zaun am Evros muss und wird errichtet werden. Da gibt es keine Zweifel daran, dass ein Zaun existieren muss." Für Voutsis galt damals: "Diejenigen, die Grenzen geschlossen halten, und damit diese Menschen außen vor lassen wollen, werden im Inneren den wirklichen Feind finden. Dieser heißt Faschismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ... Europa braucht keine Grenzen, keinen religiösen Fundamentalismus ... sondern Brücken des Friedens, der Solidarität und der vielfältigen Kultur."

So ändern sich die Zeiten, und mit ihnen die Positionen von Syriza. Das gilt auf höchst profitable Weise auch für den Vizepräsidenten des EU-Parlaments Dimitris Papadimoulis, der damals eine ergreifende Rede hielt, in der er eine europäische Lösung zur Flüchtlingskrise forderte. Als er 2004 ins griechische Parlament kam, wies seine Vermögenserklärung 200.000 Euro Spareinlagen sowie die Hälfte eines 1000 Quadratmeter großen Feldstücks in Marathon auf. Seit 2016 verfügt er jedoch über mehr als eine Million Euro auf seinen Konten und

heute nennt er 28 Immobilien sein eigen. Im Jahr 2018, als die Griechen unter dem Sparzwang der Syriza-Regierung litten und Immobilien oft zu Schleuderpreisen verkaufen mußten, erwarb er sechs seiner acht in Athen befindlichen Mietwohnungen und übertrug zwei weitere direkt nach dem Kauf an seine Kinder. Um die Nutzung der Immobilien mußte sich Papadimoulis keine Sorgen machen, sie wurden an die NGO Solidarity Now für die Beherbergung von Flüchtlingen vermietet.

Die NGOs traten seit 2015 vermehrt auf den Plan und fingen Migranten auf, die von der Regierung Tsipras zwar ins Land, aber danach im Stich gelassen wurden. Auch die EU setzte auf die Effektivität der NGOs, als Nothelfer das Problem zu dämpfen, was sie jedoch zur Zielscheibe von Gegnern der Flüchtlingspolitik machte. Schon zu Oppositionszeiten zählte die heute regierende Nea Dimokratia zu den Hauptkritikern der insgesamt 320 NGOs, auf die die Regierung nun 40 Fahnder der Steuerfahndung, der Kriminalpolizei und der Transparenzbehörde angesetzt hat. Gleichzeitig wurde jedoch im neuen Asylrecht ein Passus eingebaut, der dem Immigrationsministerium einen geheimen Etat zubilligt, dessen Ausgaben ohne Ausschreibung erfolgen können.

Die Nea Dimokratia will Asylbewerbern offensichtlich das Leben so schwer wie möglich machen. So werden die Posten von Lagerdirektoren bevorzugt mit Personen besetzt, die ihre Abneigung gegen den Islam als Religion bereits öffentlich verbreitet haben. Nach einer während der Corona-Pandemie verabschiedeten No-

velle des Asylgesetzes sind jetzt pauschale Ablehnungen ohne Einzelfallprüfung, sondern allein aufgrund der Herkunft des Antragstellers möglich. Ein Einspruch gegen diese Bescheide muß innerhalb der nun gesetzlich verkürzten Frist von zehn Tagen erfolgen. Dies war den Lagerbewohnern jedoch aufgrund der Ausgangsbeschränkungen unmöglich. [2]

Nicht alle Migranten in Griechenland leben unter den schrecklichen Bedingungen auf den Inseln der östlichen Ägäis: Von insgesamt 120.000 Flüchtlingen auf griechischem Boden leben etwa 22.000 in Häusern, Hotels oder Wohnungen, wobei das Programm ESTiA ("Zuhause") vom UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR verwaltet und von der Europäischen Kommission finanziert wird. Die Regierung hat jedoch beschlossen, die Aufenthaltsdauer in den Wohnungen zu verkürzen, um Platz für andere Migranten zu schaffen und den Druck auf die Flüchtlingslager zu verringern. Das führte dazu, daß nun Tausende Migranten - unter ihnen Kinder, Behinderte und anderweitig schutzbedürftige Menschen - auf der Straße landen. Ohne das Recht auf wirtschaftliche Unterstützung drohen sie obdachlos zu werden. Nach Angaben des UNHCR handelt es sich um 8.500 Personen, lokale Medien sprechen von rund 10.000. Das Programm ESTiA wurde im Laufe der Zeit mit 496 Millionen Euro finanziert, doch über die Regeln und Förderungsparameter bestimmt die griechische Regierung.

Die Stadtverwaltung von Athen, antirassistische Kollektive und

Organisationen, die in der Aufnahme von Migranten tätig sind, bemühen sich um provisorische Unterkünfte und grundlegende Hilfe für Bedürftige. Wie die unabhängige Zeitung Efsyn schreibt, bestehe die Gefahr, daß öffentliche Plätze und Parks von Athen und anderen griechischen Städten mit Flüchtlingen und Obdachlosen gefüllt werden. "Das Ergebnis könnte verheerend sein. Und nicht nur für die Flüchtlinge". Die Zeitung wirft der Regierung vor, sich der Politik "fremdenfeindlicher extremistischer Gruppen" anzuschließen. Sie stelle die Entscheidung als mutige Politik dar, obwohl sie de facto "auf die dringende Notwendigkeit zurückzuführen" sei, "die Entstauung der Inseln voranzutreiben, auf denen sich ihre Wahlbasis befindet". [3]

Zudem hat ein internationales Researcheteam unter Leitung der Deutschen Welle und Bellingcats nachgewiesen, daß im Zuge eines Push-Back illegale Abschiebungen in die Türkei vorgenommen werden. Die von den Betroffenen unabhängig voneinander getroffenen Aussagen ergeben ein klares Muster: Alle sind männlich, unter 30 Jahre alt und allein. Die meisten von ihnen kommen aus Afghanistan, einige aus Pakistan und Nordafrika. Sie wurden entweder im Lager von Diavata bei Thessaloniki festgenommen oder scheinbar zufällig in der näheren Umgebung von der örtlichen Polizei aufgegriffen. Unter Vorwänden, ihre Papiere müßten auf der Wache überprüft werden oder daß sie dort neue Papiere bekämen, wurden sie in Polizeifahrzeugen verschleppt und an die Grenze verfrachtet. Es handelt sich demnach erstmals um dokumentierte

Push-Backs aus dem Landesinnern und sogar aus einem Flüchtlingslager ohne jedwedes formale Abschiebungsverfahren, was gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstößt.

Nachgewiesen wurden auch Push-Backs in der Ägäis, wo Neuankömmlinge auf Samos von der Polizei festgehalten wurden, die ihre Telefone beschlagnahmte und die Menschen dann auf Rettungsflößen ohne Motor oder Paddel in türkische Gewässer zog, wo sie schließlich von der Küstenwache übernommen wurden. Wie andere EU-Grenzstaaten sieht sich auch Griechenland seit langem Vorwürfen ausgesetzt, illegale Abschiebungen durchzuführen. Für Dimitris Christopoulos, bis vor kurzem Präsident der Internationalen Föderation für Menschenrechte, wirft die neue Schwere der Vorfälle und die Zahl der Zeugen die Frage auf, inwieweit griechische Behörden die Push-Backs genehmigt haben und wieviel die EU darüber weiß, was an der Grenze geschieht. Man muß wohl von einer rhetorischen

Frage sprechen, wenngleich die Regierung in Athen behauptet: "Die Vorwürfe zu Menschenrechtsverletzungen durch griechische Sicherheitskräfte sind erfunden, falsch und nicht bewiesen." [4]

#### Anmerkungen:

[1] [www.proasyl.de/thema/fluechtlinge-in-griechenland/](http://www.proasyl.de/thema/fluechtlinge-in-griechenland/)

[2] [www.heise.de/tp/features/Schlechte-Zeiten-fuer-Asylbewerber-in-Griechenland-4768638.html](http://www.heise.de/tp/features/Schlechte-Zeiten-fuer-Asylbewerber-in-Griechenland-4768638.html)

[3] [de.euro-news.com/2020/06/01/wir-landen-auf-der-stra-e-bis-zu-10-000-migranten-in-griechenland-werden-heute-obdachlos](http://de.euro-news.com/2020/06/01/wir-landen-auf-der-stra-e-bis-zu-10-000-migranten-in-griechenland-werden-heute-obdachlos)

[4] [www.dw.com/de/neue-beweise-für-illegale-abschiebungen-von-griechenland-in-die-türkei/a-53523933-0](http://www.dw.com/de/neue-beweise-für-illegale-abschiebungen-von-griechenland-in-die-türkei/a-53523933-0)

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/repr1705.html>

## POLITIK / KOMMENTAR / REPRESSION

### USA - Ausbau der Gesinnungspolitik ...

*Jetzt im Moment sehen wir nicht so dieses Versöhnende, daß man irgendwie versucht, sich irgendwo in der Mitte zu treffen, daß man sagt, wir wollen ein Land sein, der melting pot, (...), sondern im Moment sind es eher nicht die Reformer in der schwarzen Bewegung,*

*sondern eher die Revolutionäre, die sozusagen wirklich sagen, wir lehnen das ab (...)*

Dominik Wullers - Zur Diskussion im Deutschlandfunk am 3. Juni 2020 [1]

(SB) 4. Juni 2020 - In dem landesweiten, seit seinem Beginn am 26.

Mai in Minneapolis anhaltenden Aufstand in den USA kulminieren mehrere Krisen zu einer Form der zivilen Erhebung, die selbst das Ausmaß der sogenannten Rassenkriege und der Bürgerrechtsdemonstrationen der 1960er Jahre überschreitet. Weit über 100.000 Todesopfer und 40 Millionen Arbeitslose sind das Ergebnis der Coronapandemie, die das Mißmanagement im Gesundheitswesen und bei der Seuchenprävention schonungslos offengelegt hat. Trumps Ehrgeiz, stets an der Spitze welchen Rankings auch immer zu stehen, hat bestens funktioniert - kein Land der Welt verfügt über mehr COVID-19-Infizierte und -Todesopfer als dasjenige, was dieser Präsident wieder groß machen will. "Make America Great Again" - auf die Größe welcher USA sich Trump auch immer beziehen mag, er ist auf dem besten Wege, alle in Frage kommenden Referenzgrößen auf negative Weise in den Schatten zu stellen.

38 Millionen Menschen haben schon vor der Pandemie unter der Armutsgrenze gelebt und müssen häufiger hungern, was Donald Trump nicht davon abhält, das staatliche Nahrungsmittelhilfsprogramm SNAP drastisch zu kürzen. Es wird vom US-Agrarministerium betrieben, dessen Chef Sonny Perdue es für wichtiger hält, einen Großteil der Getreideernte für die Produktion von Agrosprit zu verwenden, als die eigene Bevölkerung in Zeiten anwachsender Not vor Hunger zu schützen. 32 Prozent der Menschen in den USA verfügen über keinerlei finanzielle Rücklagen, weitere 38 Prozent haben weniger als 1000 Dollar gespart. Damit sind mehr als zwei Drittel der Be-

völkerung jedem Windhauch des Mangels und der Not schutzlos ausgeliefert, wie die vielen Familien belegen, die schlicht aufgrund eines medizinischen Notfalls obdachlos wurden, weil selbst Krankenversicherte die zusätzlich anfallenden Kosten häufig nicht schultern können.

Ob COVID-19, ökologische Zerstörung, soziale Verelendung, stets sind nichtweiße Minderheiten überproportional betroffen, wobei die schlechte sozialökonomische Lage der schwarzen Bevölkerung nur noch durch häufig in Reservaten lebende indigene Gruppen unterschritten wird. Das Coronavirus ist, zynisch formuliert, die Krönung des Trümmerhaufens, den der neoliberale Kapitalismus und die freie Marktwirtschaft hinterlassen haben. Der durch die Ermordung George Floyds ausgelöste Aufstand richtet sich daher nicht nur gegen die endemisch gewordene Polizeigewalt und die sie flankierende Kultur der Straflosigkeit, sondern die sozialrassistische Unterdrückung aller überflüssig gemachten Menschen. Schwarze sind in besonderer Weise von polizeilichen Varianten des Lynchens betroffen, weil sie mit großer Mehrheit in elenden Verhältnissen leben und sich häufig nur mit informeller Arbeit wie etwa dem Straßenhandel mit illegalen Substanzen über Wasser halten können. Damit repräsentieren sie die der neoliberalen Arbeitsgesellschaft nicht nur entbehrliche, sondern ihren Geschäftsbetrieb störende Bevölkerung auf exemplarische Weise.

Weißer Rassismus und neoliberale Austeritätspolitik sind zwei Seiten einer Medaille zeitgemäßen Krisenmanagements, das

wissen insbesondere die AktivistInnen aus linken, antifaschistischen, anarchistischen und autonomen Zusammenhängen. Sie waren an dieser sozialen Revolte, die die herrschenden Gewaltverhältnisse aus Sicht der davon Betroffenen adäquat zum Ausdruck bringt, von Anfang an beteiligt und greifen, wenn solche Interventionsstrategien ihrer jeweiligen Doktrin entsprechen, auch zu militanten Aktionsformen.

Als der US-Präsident am 31. Mai per Tweet ankündigte, er werde die Antifa als terroristische Gruppe einstufen lassen, griff er den Vorschlag einiger republikanischer Senatoren auf, die vor einem Jahr eine Initiative mit dem Ziel starteten, mehrere Antifa-Gruppen unter die Kategorie domestic terrorists zu fassen und mit dementsprechend schwerwiegenden Mitteln zu verfolgen. Da das FBI 2019 die Definition für domestic terrorism dahingehend verschärft hat, daß darunter alle Personen und Gruppen fallen, die "extremistische Ideologien politischer, religiöser, sozialer, ethnischer oder ökologischer Art verbreiten" [2], sind nicht mehr allein die Aktivitäten dieser Gruppen strafwürdig, sondern schon die von ihnen vertretenen Absichten und Ideologien.

Damit zielt Trump nicht von ungefähr auf diejenigen seiner KritikerInnen, die am entschiedensten die Überwindung der herrschenden Verhältnisse anstreben, anstatt sich mit der Forderung nach Reformen zu begnügen, die schon so oft fast nichts verändert oder die Ohnmacht sogar noch vertieft haben. Während vorwiegend von schwarzen AktivistInnen getragene Bewegungen wie

Black Lives Matter für Befreiungsstrategien aus den Reihen der schwarzen Politbourgeoisie oder der Partei der Demokraten empfänglich sein können, sind Organisationen, die wie die früheren Black Panther ein klassenkämpferisches Anliegen verfolgen, in weit höherem Maße immun gegen Vereinnahmungsstrategien aus dem Lager der politischen Gegner.

Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus wurden in den USA stets mit großer Intensität verfolgt und sind heute eher Randerscheinungen, als daß sie über eine Massenbasis verfügten wie zu Zeiten, als sich die internationalistische Linke noch im Aufwind befand. Den SachwalterInnen des aktuellen Krisenmanagements dürfte dennoch bewußt sein, daß der spontane und ungeordnete Aufstand sich schnell in eine ihnen gefährlich werdende Rebellion verwandeln könnte, wenn das Gros der Menschen zu verstehen anfängt, daß sie unter diesem Regime keine Zukunft haben und auch eine Kultur der Hoffnung auf bessere Zeiten, mit denen Barack Obama für seine Präsidentschaft warb, nicht aus der Misere herausführt.

Wer jeden Tag vor Augen geführt bekommt, daß er in der von Leistungskonkurrenz und Produktivitätswachstum getriebenen Arbeitsgesellschaft keinen Platz hat, nicht weil es am Willen fehlte zu arbeiten, sondern Lohnarbeit nicht einmal in Form von Bullshit Jobs (David Graeber) in einem Maße verfügbar ist, die die soziale Reproduktion dieser Gesellschaft auf angemessene Weise sicherte, der neigt dazu, die Grenzen des Erlaubten aus schierer

Verzweiflung zu überschreiten. Wer in innerstädtischen Elendsquartieren leben muß, wo die physische Existenz schon durch schlechtes Essen, verschimmelte Wohnungen und vergiftete Luft angegriffen wird, während die Gewalt des Kapitalverhältnisses in einem permanenten Kriegszustand auf den Straßen zutage tritt, könnte die Ohnmacht, die der Ruf "I Can't Breathe!" zum Ausdruck bringt, in tätigen Zorn verwandeln.

Werden die Alltagserfahrungen rassistischer Unterdrückung durch radikale Gesellschaftskritik mobil gemacht, dann erhalten sie Richtung und Wirkung in einem Ausmaße, das in der privilegierten Bourgeoisie Angst auslösen könnte. Wenn die qualvolle Wiederholung immer gleicher Ohnmachtserfahrungen zu der Erkenntnis führt, daß der Glaube an Recht und Gesetz in erster Linie die Macht derjenigen stärkt, die über die strukturelle und institutionelle Definitionshoheit der privatwirtschaftlichen Eigentumsordnung gebieten, wenn die Hoffnung auf Gerechtigkeit an den eisernen Wänden der mit den Verlierern im Überlebenskampf überbelegten Knäste zerschellen, dann könnte linke Herrschafts- und Kapitalismuskritik auf ungeahnte Weise um sich greifen und wirkmächtig werden.

Das gilt in den USA auch deshalb, weil der Weg in schlagkräftige, rechtsradikaler Ideologie verpflichtete Organisationen meist Weißen vorbehalten bleibt. Schwarzen AktivistInnen, die erkannt haben, daß die Partei der Demokraten, die im Duopol US-amerikanischer Herrschaftsicherheit als einzige Alternative üb-

rig bleibt, keine Option für ihren Befreiungskampf ist, die sich aber auch nicht an religiösen Organisationen wie denen der Black Muslims oder Gruppen beteiligen wollen, die einen schwarzen Separatismus vertreten, bleibt nicht viel mehr, als sich in der radikalen, antirassistischen Linken zu organisieren. Und dafür scheint es angesichts der starken Beteiligung dieser Gruppen an den Demonstrationen in Solidarität mit George Floyd viel Gelegenheit zu geben.

Gleichermaßen entspricht es dem patriarchalen Impetus der hegemonialen Geld- und Funktionseuliten, alle Anzeichen, der spontane Aufstand könne sich zu einer antagonistischen Massenbewegung weiterentwickeln, mit großer Härte und offener Gewalt entgegenzutreten. Das Arsenal des Antiterrorkampfes war stets im Kern gegen den sozialen Aufstand gerichtet, so daß die radikale Linke vorrangiges Ziel seiner Anwendung ist, selbst wenn die physische Gewalt rechtsradikaler Gruppen und Attentäter in den USA alle linksradikale Militanz weit in den Schatten stellt. Letztere sind im Zweifelsfall stets auf der Seite weißer Suprematie, wie auch ein Trump weiß, wenn er sich des Rückhaltes rechter Bürgerwehren und Milizen für den Ernstfall versichert.

"Total Domination" - nichts Geringeres als den Einsatz so gut wie aller Mittel des staatlichen Gewaltapparates fordert Trump zur Verteidigung seiner Präsidentschaft und Klasse bei einer Konferenzschaltung mit den Gouverneuren der Bundesstaaten ein [3]. Er gießt Öl in die Flammen des Feuers, um es schließlich mit ei-



nem ultimativen Beweis seiner Macht löschen zu können, der kaum anders als die Einführung diktatorischer Vollmachten vorstellbar erscheint. Auf die Permanenz des gesellschaftlichen Ausnahmezustandes hat die radikale Linke in den USA schon vor der Coronapandemie hingewiesen. In einem Land, wo sozialökologischer Aktivismus wie etwa der Einbruch in den Stall einer Tierfabrik zwecks Dokumentation dort herrschender Mißstände viele Jahre Haft zur Folge haben kann, in dem Schußwaffen schnell gezogen und Verdächtige präventiv erschossen werden, dessen Bevölkerung gegen linke Umtriebe und sozialrevolutionäre Ambitionen kulturindustriell weit besser geimpft ist als gegen die nächste Epidemie, müssen die AktivistInnen sozialer Gegenbewegungen schon aus Selbstschutz auf das Schlimmste gefaßt sein.

#### **Anmerkungen:**

[1] [https://ondemand-mp3.dradio.de/file/dradio/2020/06/03/zuendelnder\\_praesident\\_brennende\\_strassen\\_usa\\_zwischen\\_dlf\\_20200603\\_1915\\_ba198eeb.mp3](https://ondemand-mp3.dradio.de/file/dradio/2020/06/03/zuendelnder_praesident_brennende_strassen_usa_zwischen_dlf_20200603_1915_ba198eeb.mp3)

[2] <https://psmag.com/ideas/what-would-it-mean-if-trump-labeled-antifa-as-a-terrorist-organization?fbclid=IwAR1LdBg9kVzR-hxN85PnVRJ6VNtZ1KDGakW9-OtzkOhCbQJbErB60Wxm9aFk>

[3] <https://www.counterpunch.org/2020/06/03/total-domination-popular-rebellion-in-the-shadow-of-trumpism-fascism/>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/herr1898.html>

## POLITIK / WIRTSCHAFT / INTERNATIONAL

*pool - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen*

### **Was wird aus der Lithium-Verarbeitung in Bolivien?**

*von Karl-Ludolf Hübener*



*Unter der imposanten Salzwüste Salar de Uyuni verbirgt sich das begehrte Lithium*

*Foto: © Karl-Ludolf Hübener*

***Bolivians Bodenschätze wie Lithium sollen künftig im Land selbst industriell verarbeitet werden. Doch nach dem Sturz von Evo Morales ist das innovative Vorhaben gefährdet.***

*(Montevideo, 20. Mai 2020, npla)*  
- Ein "gigantischer Wahlbetrug" urteilte die Organisation Amerikanischer Staaten. Gemeint waren die Wahlen in Bolivien am 20. Oktober 2019. Stichhaltige Beweise lieferte die von den USA dominierte Organisation nie. Präsident Evo Morales, der die Wahl mit Abstand gewonnen hatte, sah sich zum Rückzug gezwungen, als sich Militär und Polizei auf die Seite einer gewaltbereiten Oppo-

sition schlugen. Jeanine Añez, selbst ernannte Übergangspräsidentin, betrat den Regierungspalast mit den Worten: Die Bibel sei nun wieder eingezogen. Die erzkonservative Politikerin verdammt angebliche "satanische Riten" der indigenen Mehrheit Boliviens.

Damit endeten 14 Jahre Regierung des Aymara-Indigenen Evo Morales. Es war die längste Amtszeit in der Geschichte Boliviens, ein Land mit den meisten Staatsstreichen und Putschversuchen Lateinamerikas, mehr als 200 an der Zahl. In dieser Zeit verlieh Evo Morales den bis dahin sozial, politisch und kulturell diskriminierten Indigenen ein neues Selbstwertgefühl. Es waren vor allem sie, die von seiner Politik profitierten. Die extreme Armut wurde halbiert. Die Gesundheitspolitik war für alle kostenlos.

Die Kindersterblichkeit sank. Das Pro-Kopf-Einkommen verdreifachte sich.

Gelder für die Sozialpolitik wurden im Andenland durch eine alternative Wirtschaftspolitik frei. Nationale Souveränität bei den Ressourcen war fortan angesagt. Bei Gas und Erdöl wurde der Gewinnanteil umgedreht, zugunsten des bolivianischen Staates. Multis müssen sich mit 20 Prozent zufrieden geben. Damit konnte auch ein ehrgeiziges, innovatives Vorhaben begonnen werden: Es bedeutet den Abschied von einem rein extraktivistischen Modell. Die Bodenschätze des Landes sollen künftig industriell verarbeitet werden. Darunter auch ein begehrter Rohstoff, der in der Hightech-Industrie unentbehrlich ist: Lithium, ein Leichtmetall. Große Mengen lagern auf der andinen Hochebene. 2025, dem Jahr der 200-jährigen Unabhängigkeit Boliviens, sollten die Industrieanlagen für Lithium-Batterien eingeweiht werden.

Doch seit im November 2019 Präsident Evo Morales durch einen Putsch gestürzt wurde, ist das innovative Vorhaben gefährdet: Lithium in Bolivien zu verarbeiten - und nicht nur als Rohstoff zu exportieren.

### **Innovation in den Anden**

"Die Geschichte des Cerro Rico in Potosí darf sich nicht wiederholen - ob es nun um Lithium, Eisen oder Erdöl geht", sagt Evo Morales in seiner Antrittsrede im Jahr 2006. Immer wieder beschwört der erste indigene Präsident Südamerikas ein altes Trauma - verbunden mit dem Cerro Rico, dem

Reichen Berg, der die Stadt Potosí überragt. Symbol der spanischen Kolonialgeschichte in Bolivien. Die spanischen Eroberer plünderten vom 16. Jahrhundert an das Land aus, vor allem die Silbervorräte des Reichen Berges. Zum Wohle der spanischen Krone. Für die Menschen in den Anden blieb nichts übrig. Nie wieder Potosí, heißt es deshalb. Gemeint ist damit auch, nie wieder Rohstoffe unverarbeitet abzugeben. "Wir möchten eine Ressource wie Lithium tatsächlich selbst industriell verarbeiten" betont Evo Morales: "Wir haben keine andere Wahl. Nur so können wir den Mehrwert selber einstecken. Wenn wir darauf verzichten, unsere Rohstoffe zu industrialisieren, werden wir Bolivien nie verändern können."

Die Ressource liegt im "Salar de Uyuni", der größten Salzwüste der Erde, auf 3650 Metern Höhe im Südwesten Boliviens. Es knirscht unter den Schuhsohlen wie hart gefrorener Schnee. Unter der dicken Salzkruste verbirgt sich ein gigantischer Schatz, von den umliegenden Vulkanen vor vielen Jahrtausenden mit Schlamm und Wasser herunter geschwemmt und in den Tiefen des Salzsees gelagert: Lithium - auch das "weiße Gold" genannt. Bolivien besitzt die weltweit größten Reserven dieses Rohstoffs. Er wird gebraucht für Akkus von Laptops, Tablets und Smartphones, für Stromspeicher von Solarsystemen. Vor allem aber für das Auto der Zukunft: Das Elektroauto.

### **Multis sind nur hinter dem Rohstoff her**

Rohstoffhungrige Konzerne haben ihre begehrlichen Blicke

schon seit längerem auf den Schatz geworfen. Vizeminister Luis Alberto Echazú, der seit den Anfängen der Morales-Regierung mit der Lithium-Frage befasst ist, kritisiert: "Die Angebote liefen immer darauf hinaus, nur den Rohstoff Lithium zu fördern. Nie wurde uns eine industrielle Entwicklung vorgeschlagen".

Die Regierung von Evo Morales entschließt sich deshalb, es auf eigene Faust zu versuchen, ohne ausländische Firmen. Mit dem Einstieg in die Industrialisierung von Lithium wagt die Morales-Regierung einen Schritt, den die meisten südamerikanischen Länder meiden. So z.B. die beiden Nachbarländer Argentinien und Chile: Die belassen es beim Export ihrer Rohstoffe, gefördert von ausländischen Konzernen. Héctor Córdova, früher Leiter der staatlichen Bergbaugesellschaft COMIBOL, ist anfangs von der Idee angetan: "Dieser Plan, Lithium zu fördern und industriell weiter zu verarbeiten, ist meiner Meinung nach das kühnste Projekt, das Bolivien in seiner ganzen Geschichte in Angriff genommen hat."

Im Jahr 2008 wird eine erste Pilotanlage für die Lithium-Verarbeitung in Llipi am Rande des "Salar de Uyuni" gebaut. Aber es fehlt zunächst an Know-how und der notwendigen Technologie. Es geht deshalb nur langsam voran.

Elf Jahre später: Über aufgeschüttete Dämme, die im Weiß des Salar angelegt sind, geht es zu riesigen Verdunstungsbecken, auch Schwimmbäder genannt. Aus einem Rohr ergießt sich graue Flüssigkeit in ein Becken. Es ist Salzlake. Woraus die be-



Techniker nicht vertraut. Lithium-Hydroxid hat gegenüber Lithium-Karbonat einige Vorteile: Es erhöht die Lebensdauer von Autobatterien, garantiert eine größere Reichweite der Autos und erzielt höhere Preise.

2018 beschließt Boliviens Regierung schließlich, dass Auslandskapital kein Tabu mehr sein sollte.

### **Joint Venture mit einem deutschen Unternehmen**

Den ersten Zuschlag bei der industriellen Verarbeitung der riesigen

*Kein Schwimmbad, sondern ein Verdunstungsbecken in Llipi, der Pilotanlage für die Lithium-Verarbeitung*

*Foto: © Karl-Ludolf Hübener*

steht, erklärt Oscar Roman Quiñones, einer der leitenden Ingenieure in Llipi: "In dem Wasser ist eine salzhaltige Materie enthalten". Sie sei reich an Lithium, Kalium, Magnesium, Sulfaten und Chlorid. Das Lithium wird zusammen mit den anderen chemischen Stoffen herausgefiltert. Alle Stoffe sollen einmal verarbeitet werden. Bei Kalium sei das bereits geschehen. Daraus werde, so Quiñones, "hauptsächlich Dünger hergestellt. Und unser wichtigster Absatzmarkt ist Brasilien, schon wegen der Nähe". Die Düngemittel-Fabrik und Technologie lieferte China. Gegen Bezahlung.

In der Pilotanlage lernen seit 2008 bolivianische Fachkräfte, Lithium-Karbonat herzustellen. Mit Erfolg. Zum Experimentieren wird es in die Pilotfabrik für kleinere aufladbare Batterien nach La



*Lithium-Karbonat wird in der Pilotanlage in Llipi abgefüllt*

*Foto: © Karl-Ludolf Hübener*

Palca mitten in den bolivianischen Anden geliefert. Das Karbonat eignet sich nicht nur für Batterien, sondern auch für die Produktion von Keramik, Glas und Zement. Doch mit der Herstellung von Lithium-Hydroxid, das aus der Restsole gewonnen wird, sind die bolivianischen

Vorkommen in Bolivien erhält ein Unternehmen aus Deutschland, zur großen Überraschung der Mitbewerber aus China. Am 12. Dezember 2018 gründen das bolivianische Staatsunternehmen "Yacimientos de Litio Bolivianos", kurz YLB genannt, und die deutsche "ACI Systems Alemania GmbH", ACISA, ein Joint Venture. Geplant ist eine Produktionskette vom Hydroxid bis zur Herstellung von Autobatterien.

Von einer Win-Win-Situation spricht Luis Alberto Echazú, damals Vizeminister im bolivianischen Energieministerium: "Wir steuern Technologie, Geld, Wissen, Dienstleistungen, eine enorme Infrastruktur für die wissenschaftliche und technologische Forschung bei." Die andere Seite verpflichtete sich, Technologie einzubringen und zu transferieren, die Finanzierung sicherzustellen, staatliche Zuschüsse zu akzeptieren und den Marktzugang zu öffnen.

### Autobatterien made in Bolivia

Der Vertrag zwischen ACISA und YLB hat eine Laufzeit von 70 Jahren. 51 Prozent Anteile am Unternehmen hält die staatliche Lithium-Gesellschaft. Für die Bolivianer\*innen ist der Zugang zum europäischen Markt von großer Bedeutung; für die Deutschen der Zugriff auf das "weiße Gold". "Bei der Verarbeitung der Salzlake fallen jährlich 35.000 bis 40.000 Tonnen Hydroxid an, aber wir brauchen für unsere Batterieherstellung nur 8000 Tonnen", erklärt Echazú: Der Rest gehe nach Europa. Und soll dort von ACISA kommerzialisiert werden. Es wird geschätzt, dass damit Batterien für 800.000 Fahrzeuge produziert werden können.

In La Palca wartet man seit der Vertragsunterzeichnung ungeduldig auf die weitere Entwicklung, besonders auf die von ACISA versprochene gemeinsame Batteriefabrik. Ziel: Autobatterien "Made in Bolivia". Grundlegendes Know-how ist in La Palca vorhanden: Hunderte von Stipendien für ein Technikstudium an in- und ausländischen Hochschulen finanzierte die Morales-Re-

gierung. Versuchsanlagen wurden eingekauft, inklusive Technologietransfer. Das heißt: Know-how aneignen und dann weiterentwickeln, so wie es einige fernöstliche Länder vorgemacht haben. Das gilt auch für den Deal mit ACISA, meint Echazú: "Wir müssen deshalb unsere eigene Forschung weiter vorantreiben. Wenn nicht, bleiben wir stehen. In zehn Jahren wären wir dann aus dem Rennen."

### Innovation und Industrialisierung adé?

Doch kaum war der Vertrag mit ACISA unterzeichnet, waren auch kritische Stimmen zu hören. Skeptisch war zuletzt auch Héctor Córdova, der früher die staatliche Bergbaugesellschaft COMIBOL leitete: "Mit ACISA könnte uns passieren, was wir schon viele Male in der bolivianischen Geschichte erlebt haben: eine frustrierte Illusion und wieder mal nur der Export von Rohstoffen."



*Kakteen-Insel im Salar de Uyuni  
Foto: © Karl-Ludolf Hübener*

Und genau das scheint nun zu passieren, denn seit November 2019 diktiert eine reaktionäre neoliberal

gestimmte Putschregierung in La Paz den politischen und ökonomischen Kurs. Die geplanten Neuwahlen im Mai sind wegen Covid-19 auf unbestimmte Zeit verschoben. Zeit genug, um auf wirtschaftlichem Gebiet vollendete Tatsachen zu schaffen. Innovation adé? Und Trauma ohne Ende?

Zu diesem Artikel gibt es auch einen Podcast bei Radio onda:

<https://www.npla.de/thema/umweltwirtschaft/lithium-trauma-ohne-ende/>

*URL des Artikels:*

<https://www.npla.de/thema/umweltwirtschaft/lithium-trauma-ohne-ende-2/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international - <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

\*

### Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen  
Herausgeber: Nachrichtenpool

Lateinamerika e.V.

E-Mail: [poonal@npla.de](mailto:poonal@npla.de)

Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/wirtschaft/pwi00389.html>

## Antarktis - Eisverluste ...

(SB) 4. Mai 2020 - Das Schelfeis der Antarktis könnte wesentlich schneller abschmelzen als angenommen. Das schließen Forscher aus der wellenförmigen Oberfläche des Meeresbodens vor der antarktischen Küste. Demnach hat sich das Eis vor 12.000 Jahren mit einer Geschwindigkeit von bis zu 50 Metern pro Tag zurückgezogen - heute liegt der schnellste Gletscherrückzug bei maximal vier bis fünf Metern pro Tag. Sollte der rapide Eisverlust durch andere Untersuchungen bestätigt werden, zeigt das die mögliche Zukunft der Erde: Der Anteil der menschengemachten Treibhausgase in der Atmosphäre steigt, die globale Erwärmung folgt diesem Trend, und der Meeresspiegel hebt sich mit zunehmender Geschwindigkeit. Konflikte der Menschen untereinander aufgrund der Folgen wären vorprogrammiert.

Die Forschergruppe des Scott Polar Research Institute der Universität Cambridge schreibt im Wissenschaftsmagazin "Science" [1], daß sie mit Hilfe von autonomen Tauchrobotern, die den Meeresboden vor der antarktischen Küste per Echolot abgetastet haben, auffällige Strukturen entdeckten. Diese langgestreckten Erhebungen haben einen Abstand von 20 bis 25 Metern zueinander und waren rund einen Meter hoch. Nach Ansicht der Forscher markieren sie die Grund- bzw. Aufsetzlinie der Gletscher zum Ende der letz-

ten Eiszeit, also jenen Bereich, in dem das Gewicht der Gletschermasse auf dem Meeresboden liegt und noch nicht aufschwimmt.

Weil Eis leichter ist als Wasser, würde ein Abschmelzen des Schelfeises zunächst nicht zum Meeresspiegelanstieg beitragen. Doch die riesigen Eisflächen liegen wie Barrieren vor den antarktischen Gletschern, die viel rascher ins Meer abflößen, sollten solche Hindernisse verschwinden.

Wie kommen die Forscher nun auf die höhere Geschwindigkeit der Eismassenverluste gegen Ende der letzten Eiszeit vor rund 12.000 Jahren? Jene sanften Höhenrücken sollen mit den Gezeiten entstanden sein, was bedeutet, daß sie sich im Rhythmus von Ebbe und Flut gebildet hätten, also immer dann, wenn das nach der Flut absinkende Eis den Untergrund zusammengedrückt hat, und zwar, weil sich die Aufsetzlinie um täglich 40 bis 50 Meter weiter in Richtung Festland zurückzog. Das macht zehn Kilometer Schelfeisschwund pro Jahr.

Der Massenverlust des antarktischen Eisschildes wird durch drei Faktoren begünstigt: Erstens besteht die antarktische Küste zu rund 75 Prozent aus Schelfeis. Das ist abbruchgefährdet, da relativ warmes Meerwasser an der Aufsetzlinie nagt. Entsprechende Folgen - Abbruch riesiger Schel-

feisflächen - wird heute schon in der Westantarktis beobachtet. Zweitens werden wärmere Windströmungen nach Süden in Richtung Antarktis gelenkt. Die extreme Hitzewelle und die ausgedehnten Buschbrände in Südostaustralien im vergangenen Jahr waren bereits Folgen einer Verlagerung der Klimazone und damit wärmerer Winde in Richtung Antarktis.

Drittens befindet sich unter dem antarktischen Eisschild keine zusammenhängende Landmasse. Könnte man ihn anheben und schauen, was darunter liegt, entdeckte man ein Archipel aus stark zerklüfteten Inseln. Aus diesem Grund werden wärmere Meeresströmungen leichter ins Innere des Kontinents vordringen können und dort die Eismassen von unterwärts ausdünnen, als wenn es sich um ein einziges, zusammenhängendes Festland handelte.

Eines ist erst seit einigen Jahren klar: Auch der mehrere Kilometer mächtige ostantarktische Eisschild zeigt sich in einer zunehmend instabileren Welt nicht als jener Hort der Stabilität, als den man ihn noch in den Nuller Jahren angesehen hat.

Die gesellschaftlichen Folgen des hier geschilderten, bereits eingeleiteten Erwärmungstrends sind verheerend. Dabei geht es nicht um ein Szenario, bei dem der antarktische Eisschild wie einst in

erdgeschichtlicher Vorzeit komplett verschwindet. Das würde voraussichtlich erst in mehreren tausend, vielleicht sogar Zehntausenden von Jahren eintreten. Der globale Meeresspiegel wäre dann rund 70 Meter höher als heute. Viel relevanter und bereits die heutige Generation der Heranwachsenden betreffend ist das, was in diesem Jahrhundert bevorsteht.

In den letzten 15, 20 Jahren hat die Wissenschaft ihre Berechnungen zum Anstieg des Meeresspiegels immer wieder nach oben korrigieren müssen. Was zuvor als "Worst-case-scenario" beschrieben worden war, diente jeweils als Ausgangspunkt für weitere Projektionen, von denen einige Jahre darauf erneut der schlimmstmögliche Fall eingetreten war, und so weiter.

Die aktuelle Untersuchung, sofern ihre Ergebnisse bestätigt werden, bringt ein bislang noch nicht berücksichtigtes Indiz in die Berechnungen ein. Sollte der glo-

bale Meeresspiegel bis Ende des Jahrhunderts um auch nur einen Meter steigen, was nach heutigem Erkenntnisstand eine konservative Vorstellung wäre, würde das eine Vielzahl an der Küste gelegener Millionenstädte in ernsthafte Schwierigkeiten bringen. Zugleich wären ganze Inselstaaten im Meer versunken, und niedrig gelegene Staaten wie Bangladesch hätten einen beträchtlichen Teil ihres Landes und damit auch der landwirtschaftlichen Fläche verloren. Inseln, die heute schon gelegentlich überflutet werden, wie zum Beispiel Bhasan Char vor der Küste Bangladeschs, wo der Staat gerade erst Unterkünfte für rund 100.000 myanmarische Flüchtlinge der Rohingya gebaut hat, gäbe es ebenfalls nicht mehr. Was passiert dann mit den heute schon unerwünschten Flüchtlingen?

Ein hinsichtlich seines Konfliktpotentials nicht zu unterschätzender Nebeneffekt des Meeresspiegelanstiegs wäre, daß das internationale Seerechtsgefüge unter-

höhlt wird, weil die Ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ) eines Staates an der Basislinie, der Seegrenze, orientiert ist. In einem sowieso schon konfliktreichen Verhältnis der Staaten untereinander könnten Veränderungen an der AWZ ein weiterer Anlaß werden, sich territorial zu Lasten anderer ausdehnen zu wollen. Bereits heute gehört das südchinesische Meer, in dem verschiedene Anrainerstaaten dieselben Inseln für sich beanspruchen, zu den Hauptspannungsgebieten der Erde. Bewaffnete Konflikte der Nationen, Ausgrenzung von Flüchtlingen, Wassermangel und Hunger wären somit die allgemein zu erwartenden Folgen eines stärkeren Meeresspiegelanstiegs.

**Anmerkungen:**

[1] <https://science.sciencemag.org/content/368/6494/1020>

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/redakt/umkl-756.html>

**DIE BRILLE / REDAKTION / REZENSION**

*Ingo Schulze*

**Die rechtschaffenen Mörder**

***Berufswunsch Leser. Ingo Schulzes Roman Die rechtschaffenen Mörder irritiert, blufft und fesselt***

(Rezension von *Christiane Baumann*) - "Wer kann denn das Ende eines Buches auch nur / erahnen, wenn er darangeht?" (Vilem Flusser) - das Motto lässt sich als Erfahrung des Autors interpretie-

ren, aber es zielt gleichermaßen auf den Leser, der sich in Ingo Schulzes Roman mit überrassenden Wendungen konfrontiert sieht. Die Geschichte um Norbert Paulini hebt im Ton des

Märchens an: "Im Dresdner Stadtteil Blasewitz lebte einst ein Antiquar, der wegen seiner Bücher, seiner Kenntnisse und seiner geringen Neigung, sich von den Erwartungen seiner Zeit beein-

*Ingo Schulze*  
***Die rechtschaffenen Mörder***  
Roman  
Frankfurt/M.:  
Verlag S. Fischer 2020  
318 S.  
21,00 Euro  
ISBN: 978-3-10-390001-9

drucken zu lassen, einen unvergleichlichen Ruf genoss." (9) Das lässt an eine Vorzeit denken und antizipiert Vorbildhaftes. Doch die Geschichte ist in jüngster deutscher Vergangenheit angesiedelt, und das Hohelied auf den Antiquar wird im zweiten Roman-Teil systematisch zerstört, der wiederum im dritten seine Demontage erlebt. "Literatur braucht Ambivalenz" (276) - so erklärt es Norbert Paulini, 1953 in Dresden geboren und als Antiquar in der DDR schon zu Lebzeiten eine Legende. Sein Lebensweg, der den ersten, umfangreichsten Teil ausfüllt, mutet so wunderbar an, dass sich in den allwissenden Gestus immer wieder ein Ich-Erzähler als Zeitzeuge einblenden muss, um das Geschehen zu beglaubigen, ohne dabei Teil der Handlung zu sein.

Norbert Paulini wird schon als Kind auf Büchern gebettet. Seine Mutter, die nach der Geburt stirbt, hinterlässt den Bestand einer "Buchhandlung mit antiquarischer Abteilung", von dem sich sein Vater, ein Dreher, der zunächst in einer Maschinenfabrik arbeitet, dann zum Straßenbahnfahrer umschult, nicht trennen kann. Die Großmutter Agnes Paulini, die die Betreuung des Kindes übernimmt, entdeckt noch spät die Freude am Lesen, die auch den jugendlichen Norbert ergreift. Seine ersten Bücher gehören zur Jugendlektüre der Mutter: Joseph Conrad, Fjodor Dostojewski und Stendhal. Seine Art zu lesen, hat jedoch nichts von einer stürmischen Leidenschaft, es ist vielmehr eine nüchterne Beschäftigung mit Büchern, um sich den "Kosmos" (43) der Literatur systematisch zu erschließen. Norbert Paulini ist ein Sonderling, der den Berufswunsch "Leser" (34)

hegt. Und tatsächlich öffnen sich dem Arbeiterkind, das zunächst eine Ausbildung zum BMSR-Techniker mit Abitur beginnt, alle Türen, um sich diesen Wunsch zu erfüllen. Bei der Armee landet er in der Regimentsbibliothek. Danach kann er eine Buchhändlerlehre absolvieren, die ihn, der mit zeitgenössischer Literatur wenig anzufangen weiß, zügig in ein Antiquariat wechseln lässt, wo er das Rüstzeug erhält, um schließlich mit dem Buchbestand seiner Mutter ein eigenes Antiquariat zu gründen.

Das geschieht am 23. März 1977, und es beginnt das Märchen vom Antiquar Norbert Paulini, der sein Leben "dem wertvollsten Gut der Menschheit" (69) widmet, der "allein für die Bücher lebte" (71) und der alles zu beschaffen vermochte, was das Herz eines Lesehungrigen in der DDR begehrte, auch wenn es nicht auf der politischen Linie lag. Qualität - das ist in Paulinis literarischem Kosmos die Messlatte. Seine Kunden kommen nicht allein aus Leipzig, die Bücherwürmer reisen aus Berlin oder Jena und sogar von den Ostseeinseln Rügen und Usedom an. Dankesbriefe für beschaffte Raritäten erreichen den Antiquar, der für jeden Besucher nebenher wichtige Lektüreempfehlungen bereithält. Er begründet samstags Leseabende, die sich als "Salon Prinz Vogelfrei" etablieren, ein Name, der sich der Fröhlichen Wissenschaft Friedrich Nietzsches bedient. Zutritt erlangt man per Einladung. Die Ehe mit Viola, einer Genossin und eifrigen Zeitungsleserin, entwickelt sich harmonisch und die Geburt des Sohnes Julian im Juni 1989 macht das Lebensglück perfekt.

An Paulini, in dessen Leben die Gegenwart auch aufgrund seiner staatsfernen Haltung nie einen Platz hatte, geht die politische Wende im Herbst 1989 vorbei. Doch sie bedeutet das Ende des "Leselandes DDR" und somit auch das seines Antiquariates. Die Vernichtung seiner Existenz vollzieht sich sukzessive. Die Leser bleiben aus. Die Preise auf dem Buchmarkt sind inflationär, während Viola als Friseurin traumhafte Gewinne erzielt: "[...] nur für einen Augenblick [...], wusste Norbert Paulini nicht mehr, wer er war. Er besaß keine Sprache, keinen Wunsch, kein Ziel" (105). Violas Stasi-Tätigkeit, die insbesondere das Antiquariatsleben einschloss und nun offenbar wird, besiegelt das Ende der Ehe. Das Haus, in dem sich sein Bücherreich befindet und das er erben sollte, wird von Alteigentümern aus dem Westen beansprucht. Kredit bekommt er nicht, obwohl er in seinem Antiquariat "die Essenz der Literatur der letzten fünf Jahrhunderte" (152) beherbergt. In der "neuen Ära" (125) ist für Investitionen in Bücher kein Platz, vielmehr wird das Leipziger Zentrallager zur "Büchermüllhalde" (142), auf der sich von Grimmselshausen bis Schiller alles wiederfindet, was die deutsche Kultur- und Literaturtradition ausmacht.

Paulini fühlt sich verantwortlich für das, was die Zeit überdauert. Er bleibt sich und seinen Büchern treu und bringt sein Antiquariat in einer Scheune in Dresden-Niederpoyritz an der Elbe unter. Er versucht, sich als Kassierer in das Heer der Billigarbeiter in einem Supermarkt einzureihen, nimmt schließlich einen Job als Nachtportier an, den er zu verlieren

droht, als er ein letztes Stück menschlicher Würde gegen die Übermacht westdeutscher Siegermoral verteidigt. Letztlich vernichtet das Hochwasser 2002 weite Teile seines Buchbestandes, und er gehört zu jenen, die die Stadt verlassen müssen, "weil sie hier keine Arbeit fanden oder keine Wohnung" (183). Paulini hatte immer "das Leben eines Dissidenten" geführt, nur, "dass der Westen Eigensinn und Unabhängigkeit mit anderen Mitteln bestrafte" (169). Er siedelt mit seinen verbliebenen Büchern nach Sonnenhain im Osterzgebirge um. Oft hatte er sich gewünscht, "das Land sollte absaufen mit Mann und Maus, eine Handvoll Gerechter darüber in einer Arche" (175). Jahre später, so erfährt der Leser, ermittelt die Kriminalpolizei gegen Paulini und seinen Sohn wegen rechtsradikaler und fremdenfeindlicher Umtriebe. Das Ergebnis der Untersuchung bleibt offen. Die Erzählung bricht ab. Führten sozialer Abstieg, soziale Ungerechtigkeit, die Entwertung der Lebensleistung und der Verfall geistig-kultureller Werte einen Mann von Paulinis Bildung ins rechte Lager?

Die Geschichte ist bewusst plakativ angelegt und fordert in ihrer betont konventionellen Machart, die an Gottfried Keller, Heinrich von Kleist oder Theodor Fontane denken lässt, zum Widerspruch heraus. Den liefert der Roman dann gleich selbst in den zwei angehängten Novellen, die die Paulini-Erzählung systematisch unterlaufen. In der ersten Novelle meldet sich nun der Ich-Erzähler des ersten Teils direkt zu Wort. Es ist der erfolgreiche Schriftsteller "Schultze", der von seiner Beziehung zu Paulini erzählt. Ganz ne-

benher wird eine "Ménage à trois" offengelegt, denn Schultzes Freundin Lisa ist auch mit Paulini liiert. Die Legende vom Antiquar mutiert zum Eifersuchtsdrama, das Schultze schreibend zu bewältigen sucht, wobei er den Schreibprozess intensiv reflektiert. Die Erzählung, so verrät er, "sollte Paulini als den großen Leser zeigen, der über Zeiten und Systeme hinweg aufgrund seiner Veranlagung und Leidenschaft zum Bollwerk wird gegen das, was uns Büchermenschen bedroht, weil er seinen Wünschen und Überzeugungen treu bleibt, sich gewissermaßen auf natürliche Weise gegen das stemmt, was uns Jahr für Jahr aushöhlt und wegschwemmt und eines Tages nichts mehr von dem übrig gelassen haben wird, wofür wir zu leben geglaubt haben." (242) Der Erzähler erklärt dem Leser die Geschichte. Unmerklich wird Schultze zur Hauptfigur, seine Perspektive scheint plausibel. Paulini wird dem Leser entfremdet. Der Autor macht die Manipulierbarkeit des Lesers sichtbar. Schultze bekennt seine ursprüngliche Absicht, den "Westlern" zu zeigen, "wo wahre Bildung lebte" und zugleich den "Ostlern die eigene Geschichte" (279) bewusst zu machen. Sein klischeebehaftetes Denken hält einer Überprüfung in der Wirklichkeit nicht stand. Der Erzähler muss angesichts des "Herrschaftswahns" und der Selbstüberhebung Paulinis seine eigene "Hybris" (279) und sein Scheitern gestehen. "Es genügt nicht die einfache Wahrheit", so formulierte es einmal Volker Braun, einer der im Roman genannten Autoren der Sächsischen Dichterschule.

Die zweite Novelle wird aus der Perspektive der Lektorin des

Schriftstellers Schultze erzählt. Die "Westlerin" (292) reist eigens aus München in die Sächsische Schweiz, um sich zum Tod von Paulini und Lisa vor Ort am Fuße der Goldsteinaussicht, einer Felsengruppe, ein Bild zu machen. Schultzes Schreibprobleme werden in marketingstrategische Überlegungen überführt. Veratzstücke aus Paulinis Geschichte erscheinen als Nachrufe im Spiegel der Boulevard-Presse. Ihre Recherche im Stil des investigativen Journalismus verfügt über alles, was die Kolportage braucht. War es Selbstmord oder Mord? Plötzlich ist auch Schultze des Mordes verdächtig. Gibt es für Lektoren eine Schweigepflicht? Der Trip bietet nicht nur die Besichtigung des Schauplatzes, sondern auch die von Literatur. Fontanes Ellernklipp zieht die Lektorin als literarische Vorlage in Betracht. Der Blick in die Landschaft lässt sie an Heinrich von Kleists Brief-Schilderungen der Sächsischen Schweiz denken. Die Legende lässt sich noch retten, erst recht nach dem Tod der beiden Protagonisten und zwar "mit zweifachem Novellenschluss" (290).

Bei ihrem recherchebeflissenen Versuch allerdings, Paulini dem Schubfach "rechtsextrem" (309) zuzuschlagen, hat sie die Rechnung ohne den Bosnier Juso Podzan Livnjak gemacht. Livnjak fühlte sich und seine Frau "beschützt" (317) von Paulini, der ihn zum Mitarbeiter und im Falle seines Todes zum Hüter seiner Bibliothek bestimmte. Das alles passt ebenso wenig zu einer fremdenfeindlichen Haltung wie Paulinis Liebe zur Slowakin Hana. Livnjak verlor wie Paulini seine Existenz, allerdings im Bosnien-



Krieg. Er konnte im heimatlichen Livno seine Bücher ebenso wenig beschützen wie in Sarajevo. Er fragt, "was das Motiv gewesen sein soll, uns mit Kanonen zu bombardieren und mit Präzisionsgewehren abzuknallen oder zum Krüppel zu schießen" (316). Livnjak hat "Mörder gesehen" und erlebt, sogar "mit Mördern zusammenleben müssen" (310). Dabei weiß er sich nur von "rechtschaffenen Menschen" (317) umgeben. Rechtschaffenheit, bei Heinrich von Kleist in einem Brief als "höchstes Gesetz" in Gegensatz zur Politik gestellt, die nur ihren Vorteil kenne, wird desavouiert. "Ist das noch immer eine menschliche Welt, wenn kein Platz ist für all die Schwachsichtigen und Schüchternen, die lieber über die Welt nachdenken, als sie zu erobern? Wo finden Leute wie wir Zuflucht?" (317) Dieses "Wir" schließt Paulini ein. Seine Mutter "investierte" nach dem Zweiten Weltkrieg in Bücher, als "Beitrag" (15), um einen neuen Krieg zu verhindern. Paulinis Bü-

cher, die 500 Jahre deutscher und europäischer Literatur- und Kulturgeschichte repräsentieren, haben vor Krieg und Barbarei nicht zu schützen vermocht, vielmehr sind sie es nun, die vor der Vernichtung bewahrt werden müssen.

Der Roman treibt mit dem Leser ein raffiniertes Spiel, das jedoch nicht als "kontextloser Ästhetizismus" (286) zu verstehen ist. Vielmehr ist der Leser im Wechsel der Perspektiven und Identitäten immer wieder gezwungen, Gewissheiten zu überprüfen und in Frage zu stellen. Wenn "alles" Poetische "indirekt" (209) ist, wie es im Roman heißt, wirkt die Geschichte an der Oberfläche wie ein Bluff. Paulinis Sehnsucht nach einer Sintflut und einer Arche Noah mit einer "Handvoll Gerechten" lässt an Kleists Novelle Michael Kohlhaas denken, auch an Fontanes Kriminalgeschichte Ellernklipp, im Roman gleich mehrfach genannt. Bei Fontane wird der Mörder nicht durch die Justiz seiner gerechten Strafe zu-

geführt, sondern durch das "Gesetz" gerichtet, das "ewig und unwandelbar" über allem menschlichen Tun waltet. Kleists Michael Kohlhaas ist einer der "rechtschaffensten" und zugleich einer der "entsetzlichsten Menschen seiner Zeit". Und weiter heißt es in der Novelle: "Sein Rechtsgefühl machte ihn zum Räuber und Mörder". Wer also "die rechtschaffenen Mörder" in Ingo Schulzes Roman sucht, sollte sich nicht mit einfachen Wahrheiten begnügen, vielmehr den Blick für gesellschaftliche Zusammenhänge schärfen. Er sollte der Helden-erzählung ebenso misstrauen wie der Schwarz-Weiß-Malerei und dem Sensationsjournalismus, die einer Annäherung an DDR-Geschichte ebenso hinderlich sind wie einer wirkungsvollen Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus in unserer Gesellschaft.

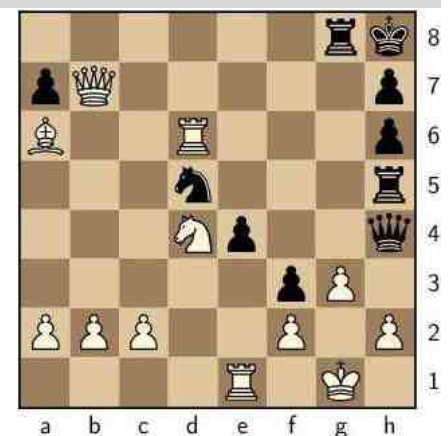
<http://www.schattenblick.de/infopool/d-brille/redakt/dbrr0043.html>

## SCHACH UND SPIELE / SCHACH / SCHACH-SPHINX

### Fesselnder Blick

(SB) - Gewohnheiten üben zuweilen eine fesselnde Macht auf uns aus. Dies gilt vor allem für das Auge und den Sehvorgang, der sich an Mustern abarbeitet und selektive Informationen an den Verstand weiterreicht. Der Verstand selbst ist blind und muß dem Auge vertrauen. Das ist die Grundachse aller Gewohnheiten, daß wir sehen, was uns bekannt vorkommt. Alles

übrige kommt uns zweifelhaft vor, mitunter sieht man nicht einmal Alternativen, weil das Auge als dominanter Sinn nur einen Weg vorzeichnet. So kann es denn auch geschehen, daß der Spieler eine grandiose Kombination, die einladend auf dem Brett steht und gesehen werden will, partout nicht wahrnimmt, weil das innewohnende Muster der taktischen Abwick-



Onescius - Gama  
Rumänische Meisterschaft  
1955

## UNTERHALTUNG / REISEN / BERICHT

## Damals in Laos Erinnerungen an unsere Fahrten in die befreiten Gebiete von Laos (1968-1970)

### *Teil 3: In der Ebene der Tonkrüge [1]*

von Irene und Gerhard Feldbauer, Mai 2020



lung gegen unsere Sehgewohnheiten verstößt, so daß wir im höchsten Maß blind durch gewohnheitsmäßiges Betrachten der Dinge am Sieg vorbeistraucheln. Nichts muß dem Auge stärker antrainiert werden als das Kombinieren mit Opferzügen. Gama hatte auf der Rumänischen Meisterschaft gegen Onescius eine Figur geopfert, im festen Glauben darauf, daß Weiß gegen die Mattwendung 1...Dh4xh2+, gefolgt von 2...Dh2-g2# nichts unternehmen könnte. Bedauerlich für ihn war, daß Onescius seinem Auge durch Stunden der Analyse angewöhnt hatte, auch mit anderen Möglichkeiten zu spielen, und so entging ihm im heutigen Rätsel der Sphinx das raffinierte Kunststück im Entfesseln des Bauern g3 nicht, Wanderer.

#### *Auflösung des letzten Sphinx-Rätsels:*

25...Df8-g7?? richtete die schwarze Stellung zugrunde. Kunsztowicz spielte vernichtend 26.Te1-e7!!, worauf Gerusel resignierend das vierzügige Matt zuließ: 26...Dg7xc3 27.Lh3-e6+ Kg8-f8 28.Te7-f7+ Kf8- g8 29.Tf7xb7+ Kg8-f8 30.Sg5xh7# Auch 26...Dg7xe7 hätte nicht geholfen, weil die Mattwendung nach 27.Lh3-e6+ De7xe6 28.d5xe6!, gefolgt von 29.Sg5-f7 und 30.Dc3-h8#, nicht zu verhindern gewesen wäre. Bedauerlich, daß Gerusel den korrekten Zug 25...Se8-g7! nicht fand. Kunsztowicz hätte dann am besten 26.Sg5-e6 Df8-f7 27.Se6xg7 Df7xg7 28.Dc3xg7+ Kg8xg7 29.Te1-e7+ Kg7-f6 30.Te7xb7 versucht, aber nach 30...La4-e8! wäre die Partie wohl mit Remis ausgegangen.

*<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph07291.html>*

*Reizvolle Landschaften im heutigen Laos - hier der Berg Phu Phra in der Provinz Vientiane  
Foto: Tango7174 / CC BY-SA  
(<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>) via Wikimedia Commons*

Die Bedeutung von Laos als "zweiter Front" gegen die Demokratische Republik Vietnam (DRV) zeigte sich besonders in der im Winter/Frühjahr 1968/69 in der Ebene der Tonkrüge durchgeführten Operation "Kou Kiet" (rettet die Ehre). Den Namen hatten die USA-Militärs ausgewählt, um die durch zahlreiche vorangegangene Niederlagen demoralisierten Vientianer Söldnerverbände zu erhöhten Kampfanstrengungen anzustacheln.

Die auf dem nordostlaotischen Hochplateau liegende Ebene war

von entscheidender strategischer Bedeutung. Wer sie besetzt hatte, beherrschte faktisch den gesamten Norden von Laos, bedrohte die Hauptoperationsbasis der Laotischen Befreiungsfront Neo Lao Haksat (NLH) in Sam Neua und die Westgrenze Nordvietnams. Die Befreiungsfront sollte durch "Kou Kiet" zur Aufgabe ihres Kampfes gezwungen, der US-amerikanische Einfluss auf ganz Laos ausgedehnt und die DRV unter Druck gesetzt werden, um sie Washingtons Bedingungen für eine "Vietnamregelung" gefügig zu machen. Das hätte, so die Spekulationen der Pentagongeneräle, schließlich die FNL in Südvietnam isoliert und den Weg zu ihrer Zerschlagung frei gemacht. Letztlich wäre eine Veränderung des Kräfteverhältnisses in Laos zugunsten der USA eine eindeutige Warnung an das damals



Mot.-Schützen der laotischen Volksbefreiungsarmee im Sturmangriff Foto: ND Feldbauer

*Die Pathet-Lao-Streitkräfte in der Ebene der Tonkrüge - ein Kommandeur mit einem Schützenpanzerwagen auf Erkundung (links), eine Einheit auf dem Vormarsch (rechts)*

*Fotos: © by Irene Feldbauer*

neutrale Kambodscha gewesen, seine kritische Haltung gegenüber Washingtons Interventionspolitik aufzugeben.

Die Operation begann im Juli 1967 mit Luftangriffen gegen die Provinz Xieng Khouang. Während der Bodenkämpfe flo-

gen amerikanische Jagdbomber von ihren Stützpunkten in Thailand und den Flugzeugträgern im Golf von Tongking täglich Hunderte Einsätze. Insgesamt starteten sie im Verlaufe der Operation über 50.000mal zu Angriffen gegen die Pathet Lao-Gebiete.

Am 20. August begann dann unter Führung amerikanischer Militärs die Bodenoperation der regulären Vientianer Truppen, die in motorisierten Kolonnen auf der Straße Nr. sieben vordrangen, während gleichzeitig eine Hubschrauberflotte Einheiten in den schwer zugänglichen Abschnitten der Tonkrügebene absetzte. Auf dem Höhepunkt der Schlacht waren an den erbitterten Kämpfen 50 reguläre laotische Bataillone in Stärke von zirka 30.000 Mann beteiligt, die durch 5.000 thailändische Söldner verstärkt wurden.

Gleichzeitig mit dem Angriff lösten Special Force-Kommandos Vang Paos im Hinterland der Pathet Lao, darunter in Sam Neua, eine ganze Serie von Angriffen und Sabotageoperationen aus. Sie drangen bis in die Nähe der Zentrale der NLH vor, wo über 100 Angehörige solcher Kommandos außer Gefecht gesetzt wurden. 30 Kilometer westlich von Sam Neua schlugen Pathet Lao-Einheiten den Angriff von zwei Special Forces-Bataillonen auf die von ihnen besetzten Phat-Thi-Höhen zurück. Mit Beginn ihrer Operation starteten die US-Militärs des weiteren in Süd-Laos Angriffe gegen die befreiten Gebiete, um eine Kräfteumgruppierung der Pathet Lao zugunsten der Nordfront zu verhindern. Durch ihre zunächst zahlenmäßige und materielle, vor allem aber ihre Luftüberlegenheit gelang es den Angreifern, die wichtigsten Positionen in der Ebene der Tonkrüge einschließlich der Provinzhauptstadt Xieng Khouang zu besetzen. Für die NLH entstand eine äußerst bedrohliche Situation. Ihre Trup-

pen mussten sich zurückziehen. Die blutigen Kämpfe zogen sich fast sechs Monate hin.

Je mehr sich das Scheitern der amerikanischen Offensive abzeichnete, um so grausamer wurde der Luftterror. An manchen Tagen griffen 600 bis 700 Maschinen die Pathet Lao-Stellungen und immer wieder Wohnstätten an. Dem Luftterror fielen ganze Ortschaften, tausende Häuser, 116 Schulen, 15 Krankenhäuser, 336 Pagoden zum Opfer; tausende Zivilisten, meist Frauen und Kinder, fanden den Tod. Rund 37.000 Büffel, 33.000 Schweine und 1.800 Pferde wurden getötet, 4.400 Tonnen Reis verbrannt. Aus den zeitweilig besetzten Gebieten wurden über 20.000 Menschen vertrieben und in Konzentrationslager gesperrt, wo Tausende verhungerten.

Als sich die Niederlage immer deutlicher abzeichnete, versuchten es die USA mit einem Trick. Sie ließen durch ihre Marionettenregierung in Vientiane die militärische Neutralisierung der Ebene der Tonkrüge vorschlagen. Die NLH wies das plumpe Manöver zurück und stellte klar, dass sich das Hochplateau seit 1961 in den Händen der Streitkräfte der Pathet Lao befand und gemäß den Verträgen von 1962 von ihr verwaltet wurde. Der Einfall der Vientianer Truppen stellte einen eklatanten Bruch der von den US-Statthaltern unterzeichneten Verträge dar. Die NLH forderte den unverzüglichen und vollständigen Abzug der widerrechtlich eingefallenen proamerikanischen Truppen.

Als die USA und ihre laotischen Handlanger dieser Aufforde-

rung nicht nachkamen, gingen die Verbände der Pathet Lao, in deren Reihen vietnamesische Freiwillige kämpften, am 10. Februar 1969 zur Gegenoffensive über. Für den Sturm auf die feindlichen Stellungen zog das Oberkommando starke Artilleriekräfte zusammen, moderne Rohrflaksysteme sowjetischer

schossen, große Mengen Kriegsmaterial, darunter über 100 Panzer und Schützenpanzerwagen sowie schwere Geschütze vernichtet oder erbeutet. Über 1.000 laotische Söldner, die meisten aus der "Geheimarmee" Vang Paos, die auch die schwersten Verluste erlitt, liefen zur Pathet Lao über.



Bauart übernahmen die Luftsicherung der vorrückenden Truppenteile. Zu ihrer Unterstützung griffen Partisanen die Nachschubverbindungen des Gegners an. Dessen Stellungen konnten bald nur noch aus der Luft versorgt werden und gingen immer mehr eingeschlossenen Festungen.

In zweiwöchigen schweren Kämpfen nahmen die Pathet Lao-Verbände 20 Stützpunkte und Stellungen des Gegners ein und vertrieben ihn aus der gesamten Hochebene. Fast 6.000 Vientianer Söldner, größtenteils der Special Forces, wurden getötet, verwundet oder gefangen genommen; 42 Flugzeuge abge-

*Die Ebene der Tonkrüge - UNESCO-Welterbe seit 2019 - in der von der US-Luftwaffe in den 1960er und 1970er Jahren massiv bombardierten Provinz Xieng Khouang*

*Foto: Danielloh79 / CC BY-SA (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0>) via Wikimedia Commons*

### **Begegnungen im Freien Laos**

Zu den bewegendsten Erlebnissen unserer Reisen in die befreiten Gebiete gehörten die Begegnungen mit den Menschen. Trotz unterschiedlicher sozialer Herkunft fanden sie sich im Kampf gegen die Fremdherrschaft für ein unabhängiges Laos zusam-

men. Wie in Vietnam spürten wir auch bei ihnen diesen unbändigen Drang nach Freiheit und Unabhängigkeit, der vor allem in dem Jahrhundert der kolonialen Unterdrückung geboren wurde. Simphon war Kommandeur einer Partisanenabteilung, die während der Schlacht in der Ebene der Tonkrüge im Hinterland des Feindes operiert und seine Nachschublinien unterbro-

chen hatte. Er war ein Mann von großer, kräftiger Bauerngestalt, den man sich gut hinter dem Pflug vorstellen konnte. In seinem wettergebräunten Gesicht blitzten die Augen. Mit seinen breiten Händen unterstrich er seine Worte, als formte er sie, fest und überzeugend. So erzählte er uns auch von seinem Leben, seinem Weg zur Revolution, wie er schlicht sagte.

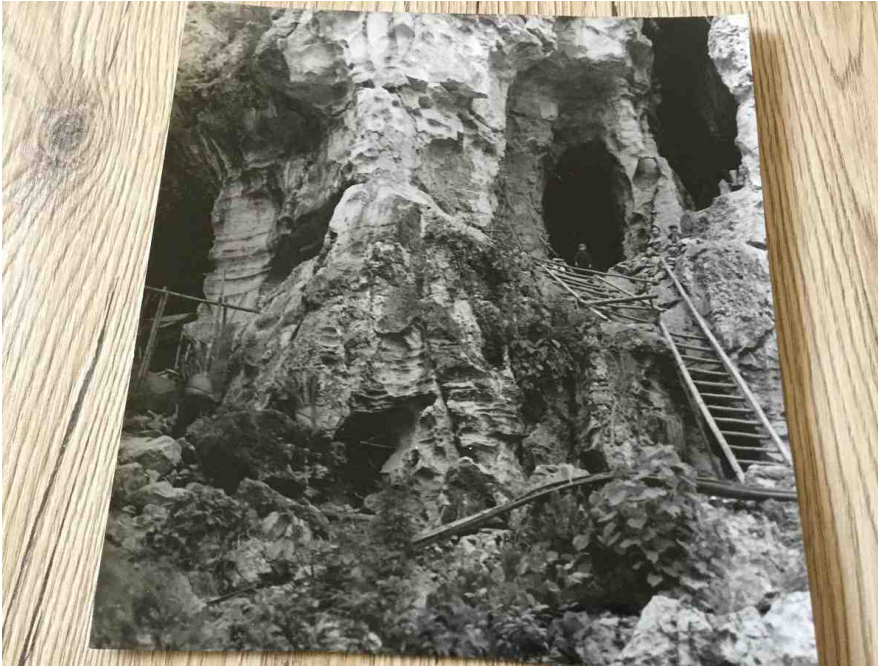
Den Weg in die Reihen der Kämpfer hatte er schon im Elternhaus gefunden, wo Vater und Mutter in der antikolonialen Bewegung standen. Bereits als Knabe leistete er Kurierdienste. 1953 ging er zu den Partisanen, die in Sam Neua die Nachschubwege der französischen Kolonialtruppen nach Dien Bien Phu unterbrachen und zum Sieg der vietnamesischen Volksarmee beitrugen, der die Franzosen zum Abzug aus Indochina zwang. Doch folgten ihnen sogleich die Amerikaner. Wo ihre Söldner nicht Fuß fassen konnten, terrorisierten Banditenkommandos die Bevölkerung. Dann kam der Luftterror mit den unzähligen Toten unter der Bevölkerung. "Sie glauben, uns in die Knie zwingen zu können. Aber mit ihren Verbrechen schüren sie nur unseren Hass. Wir wollen endlich frei sein, so leben wir es wollen. Wir werden nicht eher ruhen, bis dieses Ziel erreicht ist und die Amerikaner aus Laos abgezogen sind", sagte er uns zum Abschied.

Als Simphon schon mit der Waffe kämpfte, stand Choun noch auf der anderen Seite. Der Sohn wohlhabender Bürger aus Vientiane besuchte das französische Gymnasium und machte ein ausgezeichnetes Abitur. Die rechten Generale schickten ihn auf die Offiziersschule nach Paris. Die Ausbildungszeit fiel in die turbulenten Jahre nach den Genfer Laos-Abkommen von 1962, als die USA die Rechtskräfte in Vientiane ermunterten, das Abkommen zu brechen, die Koalitionsregierung stürzten und die Rechtsgeneräle zum Angriff auf die Gebiete der Pathet Lao aufhetzten.



*Verlauf des Ersten Indochinakriegs von 1946 bis 1954*

Graphik: Don-kun, NordNordWest / CC BY-SA  
(<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0>)  
via Wikimedia Commons



*Das Leben der Pathet Lao in den Höhlen - hier ein Höhleneingang (links) und eine Ärztin mit zwei Krankenschwestern (rechts)  
Fotos: © by Irene Feldbauer*

Unter den laotischen Offiziersanwärtern kam es zu hitzigen Diskussionen über den Weg des Heimatlandes und die Rolle der USA in Indochina. Chouns Zweifel aus der Gymnasialzeit

vertieften sich. Je mehr er sich mit der Außenpolitik der USA befasste, umso klarer sah er die Weltgendarmenrolle des Dollarimperialismus. Als man an der Offiziersschule nach Abschluss des Dreijahreslehrganges zum feierlichen Appell antrat, fehlte in der laotischen Sektion ein Mann: Der künftige Unterleutnant Choun hatte am Vorabend Frankreichs Hauptstadt verlas-

sen. Über Genf, Prag, Moskau, Peking und Hanoi begab er sich nach Sam Neua und stellte sich der NLH zur Verfügung. Als wir ihn in Sam Neua kennen lernten, hatte er bereits an zahlreichen Gefechten teilgenommen.

Dr. Ponmeck hatte in Paris seit 1957 Medizin studiert. Die Politik hatte den Kaufmannssohn aus der alten Königsresidenz Luang Prabang nie interessiert. Arzt wollte er werden, den Menschen helfen. Doch das Schicksal seiner mit blutigem Bürgerkrieg überzogenen Heimat zwang ihn zur Entscheidung. Noch schob er sie auf und machte 1963 seinen Facharzt als Chirurg. Dann begann der amerikanische Luftterror. Die Weltöffentlichkeit empörte sich. Selbst die in der NATO mit den USA verbundene französische Regierung forderte, die Luftangriffe einzustellen. Die Familie Ponmeck - der Arzt hatte in Frankreich eine Laotin geheiratet, die drei Kinder zur Welt brachte - verließ die schöne Pariser Wohnung, das angenehme Leben, die glänzende Karriere und begab sich nach Sam Neua in ein vom Krieg heim gesuchtes Land, in ein Leben voller Entbehrungen, in dem täglich der Tod drohte.

Die Gesundheitsabteilung der NLH betraute Dr. Ponmeck mit dem Aufbau des Provinzkrankenhauses und nach der Eröffnung Anfang 1969 mit der cheffärztlichen Leitung. Das in einer Felsenhöhle untergebrachte Krankenhaus umfasste eine Bettenstation für 50 Patienten, eine Chirurgie, eine Innere Abteilung, eine Gynäkologie und Radiologie sowie alle erforderlichen Laboratorien. "Ich habe

nicht bereit, hierher gegangen zu sein", sagte uns der Mediziner, als wir sein Krankenhaus besuchten. "Unter der US-Herrschaft in Vientiane stehen die wenigen Krankenhäuser nur den Reichen offen. Hier aber kann ich für mein Land und zum Wohle aller Menschen wirken."

**Anmerkung:**

[1] In der Reihe "Damals in Laos - Fahrten in befreite Gebiete 1968-1970" sind erschienen bzw. folgen weitere Berichtteile des Journalistententeams Irene und Gerhard Feldbauer:

Teil 1:

In den Höhlen von Sam Neua

Teil 2:

USA brachen auch  
Laos-Abkommen

Teil 3:

Damals in Laos - Fahrten in  
befreite Gebiete 1968-1970

Teil 4:

In den Bergen der Meo

\*

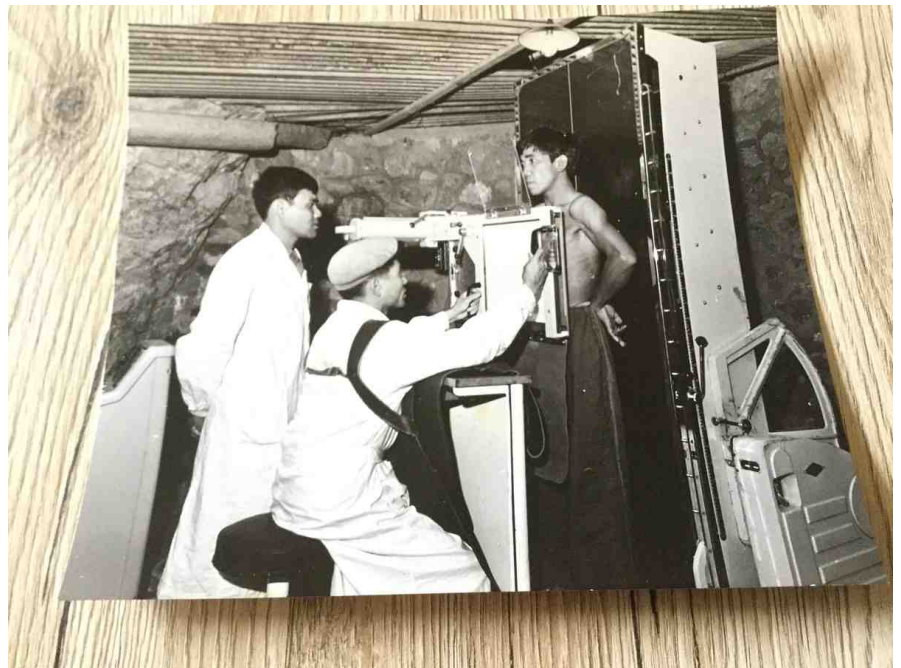
**Quelle:**

© 2020 by

Irene und Gerhard Feldbauer

Mit freundlicher Genehmigung des  
Autorenteam

[http://www.schattenblick.de/  
infopool/unterhlt/reisen/  
t-ber101.html](http://www.schattenblick.de/infopool/unterhlt/reisen/t-ber101.html)



*Medizinische Versorgung in einer Höhle - hier ein Röntgengerät im Einsatz (links) und eine Bettenstation (rechts)*

*Fotos: © by Irene Feldbauer*

*Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ... Kommentare ... Interviews ...  
Reportagen ... Textbeiträge ... Dokumente ...  
Tips und Veranstaltungen ...*

<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

- 1 EUROPOOL - POLITIK: Tag der Republik -  
Staatspräsident Mattarella bekräftigt das antifaschistische Erbe (Gerhard Feldbauer)
- 3 POLITIK - KOMMENTAR: Griechenland - das Tor wird geschlossen ...
- 6 POLITIK - KOMMENTAR: USA - Ausbau der Gesinnungspolitik ...
- 9 POLITIK - WIRTSCHAFT: Was wird aus der Lithium-Verarbeitung in Bolivien? (poonal)
- 13 UMWELT - REDAKTION: Antarktis - Eisverluste ...
- 14 DIE BRILLE - REDAKTION: Ingo Schulze - Die rechtschaffenen Mörder
- 17 SCHACH-SPHINX: Fesselnder Blick
- 18 UNTERHALTUNG - REISEN:  
Damals in Laos - Fahrten in befreite Gebiete 1968-1970 - 3. Teil (Irene und Gerhard Feldbauer)
- 24 DIENSTE - WETTER: Und morgen, den 5. Juni 2020

**DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN**

**Und morgen, den 5. Juni 2020**

Vorhersage für den 05.06.2020 bis zum 06.06.2020



Wolken, Regen, Schauer, Sonne,  
wenig heiter über Tag  
tritt Frosch Jean-Luc in die Tonne,  
weil er nicht gern wechseln mag.

**IMPRESSUM**

**Elektronische Zeitung Schattenblick**

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.  
Verantwortlicher Ansprechpartner: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth  
Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de  
Telefonnummer: 04837/90 26 98  
Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME  
Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.): Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth  
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth  
ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.